

Zeitschrift für Frauenstimmrecht.

Organ für die staatsbürgerliche Bildung der Frau.

Herausgeberin Minna Cauer.

Erscheint am 1. und 15. jeden Monats als selbständige Zeitschrift und als Beilage der „Frauenbewegung“
Preis vierteljährlich 50 Pf.

Abonnements nehmen alle Buchhandlungen und Postanstalten entgegen.

Berlin, 1. und 15. Juli 1918

Inserate: Die 4 gespaltene Petitzeile 40 Pf.
Stellenangebote 20 Pf.

Expedition: Berlin C. 19, Grünstraße 4.
Verlag: W. & S. Liewenthal, Verlagsbuchhandlung, Berlin C. 19, Grünstraße 4.

Inhalt: Die Wahlen in Dänemark. — Umbau unserer Ideenpropaganda. Von Christine Thieß in Hamburg. — Eine demokratische Antwort auf die 10 Fragen konservativer Frauen zum Frauenstimmrecht. Von Elna Munch. — Zweite Konferenz des Deutschen Frauenstimmrechtsbundes. — Ein Gruß aus weiter Ferne. — Zur Frauensache im Reichstage. — Frauenstimmrecht im In- und Ausland. — Politische Literatur.

Die Wahlen in Dänemark.

Dänische Frauen haben an der ersten Wahl teilgenommen. Die politischen Konjunkturen haben mit sich geführt, daß dänische Frauen mitten im lärmenden Weltkrieg politisch frei geworden sind. Sie haben im 4ten Jahre des Weltkriegs ihre Feuertaufe als politische Wähler erhalten.

Laut dem neuen Wahlgesetz ist das Volksthing um 26 neue Mandate (jetzt somit im ganzen 140) und das Landsthing um 6 (jetzt somit im ganzen 72) erweitert worden. In den Einzelwahlkreisen außerhalb der Hauptstadt wurden keine Frauen gewählt, in der Hauptstadt, wo man nach Proportionalwahl wählt und auf Listen stimmt, wurden 3 Frauen, bezw. von der radikalen, sozialdemokratischen und der konservativen Partei auf sichere Stellen gesetzt. Außerdem hat eine Wahlart, die in Verteilung von Zusatzmandaten über das ganze Land an diejenigen Parteien, die im Verhältnis zu ihrer Stimmenzahl innerhalb der Einzelwahlkreise nicht gerecht vertreten worden sind, verursacht, daß einer 4ten Frau, Mitglied der konservativen Volkspartei, eins dieser Zusatzmandate gesichert worden ist.

Die 4 gewählten sind:

Mitglied der radikalen Partei, Elna Munch, verheiratet mit dem jetzigen Kriegsminister, Mitglied des Volksthings Peter Munch. Frau Munch ist bekannt durch ihre Arbeit für das Frauenwahlrecht, sie ist außerdem Mitglied der Kopenhagener Kommunalverwaltung.

Mathilde Malling Hauschultz ist ein ganz neuer Name innerhalb der konservativen Volkspartei, sie ist Obergerichtsanwalt. Das zweite Mitglied innerhalb derselben Partei ist die ehemalige Volksschullehrerin Karen Akersted. Sie sitzt schon seit einer Reihe von Jahren in der Frederiksberger Kommunalverwaltung (Kopenhagener Nachbarkommune) und wird ständig von ihrer Partei wiedergewählt.

Die Sozialdemokratie hat die Stadtverordnete Helga Larsen in das Thing gesetzt. Sie hat durch Organisieren ihrer Kolleginnen, der Brauereiarbeiterinnen, eine große Arbeit geleistet.

4 Sitze von 140 hat man also an Frauen abgetreten. Zum Landsthing, das durch indirekte Wahlen, (Wahlmänner) gewählt wird, haben alle 35jährigen Männer und Frauen Wahlrecht. Es ist von Dansk Kvindesamfund eine energische Arbeit ausgeführt worden, um Frauen als Wahlmänner gewählt zu bekommen, und um Frauen ins Landsthing zu setzen.

Am 30. April wurden 2979 Wahlmänner gewählt, wovon etwa 400 Frauen. Am 11. Mai traten die Wahlmänner zusammen in den 6 Landsthingskreisen, worin das Land geteilt ist, und wählten die 72 Landsthingsmitglieder, von denen 5 Frauen sind.

Die radikale Linkspartei wählte Marie Hjelmer, bekannt durch ihre Arbeit für das Frauenwahlrecht und als Frauenrechtlerin auch nach Erreichung des Wahlrechts.

Die sozialdemokratische Partei, die zusammen mit der radikalen Partei der Linken die Regierungspartei bildet, hat Magister Nina Bang ins Thing gesetzt. Sie ist die Witwe

des verstorbenen Mitglieds des Volksthings Dr. phil. Gustav Bang und sicher eine ausgezeichnete Stütze für ihre Partei.

Die Partei der Linken, die keine einzige Frau ins Volksthing gesetzt hatte, setzte 3 Frauen ins Landsthing, nämlich Kommunalverwaltungsmitglied Olga Knudsen, Inger Schmidt, die besonders von ihrer Arbeit im Dienst des Christentums bekannt ist, und die Lehrerin Marie Christensen, eine Schwester des einflußreichen Führers der Partei, Mitglied des Volksthings J. C. Christensen.

Als Ersatzpersonen findet man bekannte und tüchtige Frauenrechtlerinnen, wie z. B. Fabrikinspektor Julie Arenholt, Augenärztin Estrid Hein, Journalistin Andrea Brochmann u. a.

Der neugewählte Reichstag tritt in nächster Zeit im neuen Reichstagsgebäude, einem Flügel von Christiansborg Schloß, zusammen.

Von allen Seiten wird anerkannt, daß die Frauen fleißig gestimmt haben, und daß dies vor allem der Agitation der Frauenbewegung unter ihnen zuzuschreiben ist.

Wenn sich nun auch die organisierte Frauenbewegung nicht absolut zufrieden mit dem Resultat der Wahlen erklären kann, so erkennt sie doch die Schwierigkeiten für die Parteien, sowie an der ganzen Lage überhaupt an und bereitet sich zur kräftigen Weiterarbeit vor unter der Devise:

Das Wahlrecht ist nicht die Lösung der Frauenfrage — es ist nur ein Mittel sie zu lösen.

Danke Kvindeforeningens Valgretsforbund
(Der Wahlrechtsbund dänischer Frauenvereine)
Eline Hansen. Th. Daugaard.

Bei Schluß des Blattes geht uns noch ein interessanter Artikel aus Kopenhagen zu, der in sehr anschaulicher Weise die Wahlereignisse schildert. Er wird in der nächsten Nummer erscheinen.

Umbau unserer Ideenpropaganda.*)

Von Christine Thieß, Hamburg.

Zur Einführung in mein Thema sei mir ein kurzer Rückblick an die Geschichte der organisierten Frauenbewegung gestattet. Sie brauchen aber nicht zu befürchten, daß die tief versenkte Tochter der Zeit — die Vergangenheit — mit ihrem stillen Wissen uns allzulange festhalten soll. Es handelt sich hier nur darum, an den Ursprung des warmen Lebensstromes zu kommen, von dem aus unsere gesamte Stimmrechtsarbeit in die Gegenwart gekommen — und weiter in die Zukunft geführt werden muß — an die erste bewußte Gestaltung der Stimmrechtsidee. Die Frauengestalt, die bei uns in Deutschland an der Quelle dieser Entwicklung steht, ist Luise Otto, wiewohl das rein Geistige an der Idee sich schon früher in einigen Männer- und Frauenköpfen kristallisiert hatte. Denn auch hier warten die allgemein gültigen Gesetze der Entwicklung, die Idee

*) Der Aufsatz stellt den ersten Teil eines auf der Konferenz des Deutschen Frauenstimmrechtsbundes (siehe Bericht S. 27) gehaltenen Vortrages dar. Er gelangt auf Wunsch der Delegierten hier zum Abdruck.

nar die wirklich Befähigten aus allen Schichten des Volkes dazu aufrücken dürfen.

6. Ist es berechtigt, den Staat über alle unsere Wünsche und Interessen zu stellen?

Ja, denn in einem geordneten Staatswesen, in dem als leitende Grundsätze Wahrheit und Gerechtigkeit an oberster Stelle stehen, ist die Wohlfahrt aller Glieder am besten gesichert.

7. Welche Stellung muß also auch die Frau zu dieser Lehre der Geschichte einnehmen?

Die Klarendenkende, urteilsfähige Frau soll an das Wort des — übrigens konservativen! — Geschichtsforschers und Militärschriftstellers York von Wartenberg denken: „Was in der natürlichen Entwicklung der Zukunft liegt, soll der Staatsmann regeln und beherrschen, und nicht zu verhindern suchen“. Sie soll sich der Entwicklung nicht entgegenstemmen, sondern daran mitwirken, daß diese Entwicklung sich in ruhigen Bahnen vollzieht und unser Volksleben nicht durch innere Kämpfe unnötig erschüttert wird.

8. Würde die Einführung des Frauenstimmrechts überhaupt ein Glück für die Frau bedeuten?

Ja, denn erst wenn in allen politischen Parteien ein starker weiblicher Kultureinschlag zu spüren sein wird, wird unsere Gesetzgebung zu einer wirklichen Familien-Politik ausgebaut werden können. In allen Ländern hat sich gezeigt, daß die Frauen aller Richtungen einheitlich zusammenstehen auf dem Gebiete der Sittlichkeitsfrage, der Volksgesundheit, der Jugendfürsorge, des Arbeiterrinnen- und Kinderschutzes usw.; alle diese Maßnahmen, die von besonderer Bedeutung für die Bevölkerungspolitik sind, erhalten durch das Frauenstimmrecht eine starke Förderung.

9. Haben die breiten Frauenschichten wirklich schon Interesse am Frauenstimmrecht gezeigt?

Leider nein. Um so mehr ist es Pflicht der politisch erwachten Frauen, ihre Mitschwester darüber aufzuklären, wie stark all ihre soziale Arbeit, ihr Berufsleben, ihr persönliches Leben, das Wohl ihrer Familie, die Zukunft ihrer Kinder von der äußeren und inneren Politik des Staates beeinflußt werden. Gerade die Frau, die es mit ihren Berufspflichten, sowie ihren Pflichten als Hausfrau und Mutter ernst nimmt, muß danach streben, durch das Frauenstimmrecht Einfluß auf die Gestaltung des Staatslebens zu gewinnen.

10. Welche Haltung muß demnach die politisch denkende Frau aus allen Lagern zur Stimmrechtsfrage einnehmen?

Sie muß alle oben angedeuteten Punkte gründlich durchdenken und sich zu der Forderung des Frauenstimmrechts bekennen. Sie muß versuchen, sich in den Frauenstimmrechtsvereinen, durch eigenes Nachdenken und durch eifriges Verfolgen der Zeitungen verschiedener politischer Richtungen eine unabhängige politische Überzeugung zu erarbeiten, um dereinst als reife, voll verantwortliche Bürgerin zum Wohle des Staates mitwirken zu können.

Eise Lüders.

Es gingen uns eine Anzahl Antworten zu, von denen wir noch einige veröffentlichen werden. Die Redaktion.

Zweite Konferenz des Deutschen Frauenstimmrechtsbundes.

Der Deutsche Frauenstimmrechtsbund, die Organisation der demokratischen bürgerlichen Stimmrechtlerinnen, hielt kürzlich in Frankfurt a. M. seine zweite Konferenz ab, zu der Delegierte aus allen Gegenden des Reiches erschienen waren. Nach Eröffnung der Konferenz durch die Vorsitzende der Ortsgruppe Frankfurt a. M., Frau Ihes Wolff, und der schnell erledigten Bureauwahl, begannen die eigentlichen Verhandlungen mit Anträgen der Ortsgruppen Berlin und Bremen auf Aenderung der Organisation des Bundes durch Schaffung eines Vorort-Vereins bzw. eines geschäftsführenden Ausschusses als verantwortlicher Vertretung des Bundes nach außen hin; beide Anträge wurden als den demokratischen Grundsätzen der Organisation zuwiderlaufend nach eingehender Erörterung mit erheblicher Stimmenmehrheit abgelehnt. Geringfügige Satzungsänderungen beseitigten vorhandene Unklarheiten. Hamburger Anträge zu den neuen bevölkerungspolitischen Gesetzentwürfen, begründet durch Fräulein M. Matthies, Hamburg, zeitigten eine lebhafte Aussprache. Die Beschlüsse: einmal in der Arbeit bezw. des Gesetzes zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten mit den übrigen bevölkerungspolitisch und sexualreformerisch tätigen Vereinigungen nach Möglichkeit zusammenzugehen, 2. gegen den Entwurf eines Gesetzes gegen die Verhinderung der Geburten zu protestieren und 3. in einer Eingabe an den Reichstag die Hinzuziehung von Frauen bei der Beratung derartiger in das Frauenleben tief einschneidender Gesetze zu fordern. Ein Referat von Fr. Chr. Thies, Hamburg, „Um- und Ausbau unserer Ideenpropaganda“ wies der Werbearbeit neue Wege und gab Anlaß zu praktischen Vorschlägen, die die Arbeit des Bundes und der Zweigvereine unterstützen und fördern werden. Die Berichte der einzelnen Kommissionen und eine Aussprache über die Einrichtung eines Deutschen Frauenstimmrechtstages füllten die Tagung aus. Auf einer zahlreich besuchten öffentlichen Versammlung im Frankfurter Hof sprach Frau Konstanze Heilgarten, München, und Frau Dr. Ida Marie Sallmann, Berlin, über „Die Erfolge des Frauenstimmrechtes im Kriege“ und weckten mit der lebhaften, geistvollen und tiefgründigen Art ihres Vor-

trages die lebendige Anteilnahme der Versammlung, die in einer regen Aussprache zum Ausdruck kam.

Auf der Tagung wurde infolge eines Antrages der Ortsgruppe Bremen auch eine Protesterklärung gegen das Merkblatt zur Organisation eines „Heimatheeres deutscher Frauen“ angenommen. (Vergl. den Aufsatz über „Die völkische Frauenbewegung“ in der „Frbwg.“ vom 1. und 15. Mai). In diesem Protest werden namentlich die Punkte 3 und 5 des Merkblattes beanstandet, welche die Gefahr mit sich führen, unter den Frauen ein Demagogen- und Spitzeltum groß zu ziehen. Die Protesterklärung ist von der Pressekommission des Deutschen Frauenstimmrechtsbundes und des Deutschen Frauenausschusses für dauernden Frieden an die Tagespresse verschickt worden.

Ein Gruß aus weiter Ferne.

Zum erstmal, seitdem der Krieg zwischen Amerika und Deutschland ausgebrochen ist, erhielten wir direkt eine Nachricht von jenseits des Ozeans. Wir freuen uns des Grußes, und alle diejenigen Frauen, die niemals Haß oder Feindschaft vertreten haben, werden ebenfalls diesen Gruß der Solidarität und Gemeinsamkeit froh begrüßen.

Die Nachricht lautet:

Resolution der Nationalen Frauenpartei der Vereinigten Staaten von Nordamerika vom 24. Januar 1918.

Da die Stimme bestimmter Organisationen von deutschen Frauen, die in ihrem eigenen Lande entschlossen ihre politischen Rechte fordern, uns zu Ohren gekommen ist, eine Stimme, die durch die ganze Welt widerhallt, so wird beschlossen, daß wir Frauen von Chicago, die wir in Massenversammlungen zusammengekommen sind, ihren heldenhaften Ruf für Gerechtigkeit ehren — einen Ruf, der nicht untergehen kann in all dem Getöse einer entsetzlichen Welterschütterung, daß wir ihre Erklärungen der Demokratisierung als solche begrüßen, die möglicherweise ein glückliches Ergebnis dieser Jahre des entsetzlichen Kampfes der Sorge und des Opfers bezeichnen. So wird weiter beschlossen, daß wir auf irgendeine Weise unser Wort der Sympathie zu den deutschen Frauen gelangen lassen möchten.

Zur Frauensache im Reichstage.

Im Reichstage wurde bei verschiedenen Verhandlungen auch der Frauen und ihrer Forderungen gedacht. Wir werden in der nächsten Nummer eine Zusammenstellung der Äußerungen bringen. Heute nur die vom Reichstagsabgeordneten Gothein vom 5. Juni 1918 in der Zensurdebatte:

„Der Frauenstimmrechtsbund hat eine Karte entworfen, wo schwarz angezeichnet waren die Länder, wo die Frauen kein Stimmrecht haben, schraffiert, wo sie teilweise Stimmrecht haben, und weiß, wo sie das Stimmrecht haben. Und dazu ist dann eine einfache statistische Erläuterung gegeben, ohne daß irgendein Wort der Kritik gesagt ist. Die Ausfuhr dieser Flugschrift nach Oesterreich, wo diese Karte nicht verboten ist, wurde verboten. Warum? Haben die Frauen nicht ein Recht, für ihr Stimmrecht einzutreten? Ich meine, die Frauen haben in diesem Kriege soviel geleistet, daß, wenn eine Anzahl von ihnen der Meinung ist, sie haben auch politische Rechte zu beanspruchen, die Zensur diesem Streben nicht entgegenzutreten braucht. Das geht die Zensur nichts an.“ (Sehr richtig! links.)

Die Landkarte: Wo haben die Frauen das Frauenstimmrecht, herausgegeben vom Deutschen Frauenstimmrechtsbund erfreut sich einer besonderen Beliebtheit unter den Bekennerinnen des Stimmrechts. Auf die Anträge, wo sie zu beziehen ist, weisen wir auf die Berliner Adresse dafür hin: Frau Thea Mertelmeyer, Berlin W. 30, Stern-ergerstr. 8, ebenso auf Hamburg, Geschäftsstelle des Bundes, Auenstr. 1a. Pr. 25 Pf. inkl. Porto.

Frauenstimmrecht im In- und Ausland.

Deutschland. Mitte Juni hatten sich in Berlin der Reichsausschuß nationalliberaler Frauen Deutschlands und die Nationalliberale Frauengruppe Groß-Berlin zu einer Kundgebung vereinigt. Außer mehreren nationalliberalen Parlamentariern wohnte auch Staatsminister Dr. Friedberg der Versammlung bei. Frau Clara Mende, die Vorsitzende der Berliner Ortsgruppe, führte in ihrer Begrüßungsansprache aus, daß die Frau aus ihrer politischen Untätigkeit heraustreten müsse. Das Programm der nationalliberalen Frauenorganisation stimme mit dem Gesamtprogramm

wird vorausgehnt; — sie ist nach Ratzenhofer die Vorwahnahme von Allgemeinbedürfnissen.

Geschichtlich wichtig ist für uns die Tatsache, wie Luise Otto die Stimmrechtsidee faßte. An dieser Stelle muß ich ein Wort anführen, das, wenn auch in seiner Form nicht klassisch zu nennen, so doch in seinem tiefen Sinn uns gegenwärtig außerordentlich wertvoll ist. Ich meine das Wort aus dem Buch „Das Recht der Frauen auf Erwerb“: — „Das Ewig-Weibliche muß in den Frauen zum Bewußtsein und in der Menschheit zur Geltung gebracht werden, damit es nicht nur die einzelnen, sondern die ganze Menschheit hinanziehe zu höheren Standpunkten.“ — Es ist ein doppeltes Programm von schier übermenschlicher Größe, das da mit ganz einfachen Worten vor dem suchenden Frauengeist aufgepflanzt wird. Die ungeheure Fülle inneren Verpflichtetseins, die den nach Freiheit ringenden Frauen damit aufgetragen wird, läßt den nun folgenden Entwicklungsgang begreifen. All die vielen Frauen, die durch die innere und äußere Not der Zeit aufgerüttelt wurden, faßten von dem so groß und ganz erschauten Ideal meist nur ein Zipfelchen, sei es, daß sie sich im besonderen der Erschließung von Berufen zuwendeten oder sich gegen bestimmte Auswüchse des Gesetzes zuungunsten der Frauen wandten. Bezeichnend für die Wandlung bei den späteren rührigen Frauen, auch in der Gegenwart, ist z. B. eine Bemerkung von Helene Lange in der „Frau“, die mir vor Jahren zufällig in die Augen sprang: Es hieß da von Luise Otto, weshalb von dieser äußerlich so einfachen Frau soviel Aufhebens gemacht worden sei, sei heute nur schwer verständlich. Demgegenüber möchte ich sagen: Wenn wir L. O. nichts weiter verdankten als das vorhin aufgeführte Wort, dann hätte sie uns schon unendlich reich gemacht, weil sie fast visionär die freie Kulturmission der Frau als Frau in der Menschheit ertastet hat. Der Zeit, die nach L. O. ihren Sinn darin suchte, viele Einzelwege zu beschreiten, um zu Teilzielen zu gelangen, drohte die Gefahr, das allumfassende Ideal aus den Augen zu verlieren. Und wenn wir die Ereignisse in der Frauenbewegung während der letzten zehn Jahre — insbesondere auch die der Frauenstimmrechtsbewegung als ihres jüngsten Kindes — ins Auge fassen, dann sehen wir, daß uns die schönste Perle in der Krone allmählich verdunkelt war. Unvergänglich bleibt mir ein Ausspruch von einer Stimmrechtlerin nach der Tagung in Eisenach: „Und da sollen mir die Frauen noch einmal sagen, daß sie Kultur und Sitze in die Politik hineinbringen wollen! — ich glaube nicht mehr daran und werde in Zukunft nur die rechtliche Seite unserer Forderung vertreten.“ Diese Praxis aber wurde tatsächlich mehr oder minder auf breiter Linie verfolgt. Vielleicht ist die Unfruchtbarkeit unserer Arbeit in den letzten 10 Jahren nicht zum wenigsten auf diesen Umstand zurückzuführen.

Die Gegenwart mit ihrer Kulturerschütterung stellt uns nun auf eine gewaltige Probe. Eine so ernste Zeit, wie die jetzige, kann nur mit großen und tiefen Maßstäben gemessen und tut alles ab, was klein, eng und belanglos ist. Sie verlangt gebieterisch von uns, daß wir mit unserer Sache ins Reine kommen, und wird uns nur in Neuland — ins Menschenland — führen, wenn wir dem Menschheitsgedanken ernstlich dienen. Und so stehen wir an dem Wendepunkt, wo alles Unwesentliche auf seine wirkliche Bedeutung beschränkt werden soll, wir aber wieder einmal die Augen fest auf das ferne Ziel richten müssen. Nur ein solch ungetrübtter Blick gibt einem Fingerzeige für die Notwendigkeiten der Gegenwart; denn allen sehenden und denkenden Frauen unserer Bewegung ist es doch außer Zweifel, daß uns aus der Not der Zeit ernste Pflichten erwachsen. Nicht umsonst ist die Frau zuweilen Träger der Kultur genannt. Ob die Frauen der Vergangenheit dieser Würde ihren vollen Inhalt und ihren reinen Glanz zu geben vermochten, müssen wir heute bezweifeln; daß aber dieser Ehrenitel für die Zukunft zu vollem Recht bestehe, muß der heißeste Wunsch aller ehrlich ringenden Frauen sein.

Jedoch brauchen die Frauen nicht zu befürchten, daß sie als der schwächere Teil des Menschengeschlechts diese Riesenaufgabe allein oder gar im Kampfe gegen die Männer aufzunehmen hätten. Die Entwicklung des Menschengeschlechts vollzieht sich auf ganz breiter Basis. In ihrem Banne stehen beide Geschlechter, alle Völker und Nationen. Alles Einzelstreben fließt in dem letzten großen Menschheitsziel — „dem vollkommenen Staat“ — zusammen, wenn dieser nach Müller-Lyer „ein Zusammenschluß alles Lebenden auf Erden zu einem Reich der Wahrheit, der Gerechtigkeit und der

Schönheit ist.“ und wenn der oberste Zweck des Lebens „die vollkommene Persönlichkeit, die freie Individualität, der ganze Mensch, der Vollmensch ist.“

Beim Aufbauen so wunderbarer Ziele muß uns die Gegenwart mit ihren kulturzerstörenden Tendenzen außerordentlich schmerzlich berühren. Doch aus diesem Kulturschmerz wird ein neues Streben, ein Kulturhunger geboren. Und die Frauen sind es ihrer Würde schuldig, daß sie bei dem Kulturaufbau in vorderster Front stehen. Ob aber unsere Frauen ihre Gegenwartsaufgabe begreifen? Wodurch sind wir in den letzten vier Jahren ärmer geworden, denn je vorher? Der Krieg hat ganz bewußt die Fäden der Kultur zerschnitten, die aufbauenden Kräfte gelähmt und das Menschenland in weitere Fernen gerückt. Das Volk, das zuerst die Schattenseiten des gegenwärtigen Zustandes auszugleichen sucht, das möglichst bald die Fäden nach anderen Ländern und Völkern knüpft, wird den kühnsten Aufschwung zu verzeichnen haben. Vielleicht hat die Gegenwartsgeschichte die Weisheit mit großer Deutlichkeit dargetan, daß der Sinn der Menschheit, der Völker ein anderer ist, als man ihm gegenwärtig gibt. Auch unserer Organisation werden aus dieser Erkenntnis praktische Maßnahmen erwachsen. Nach dem Kriege, wenn die erschlafenen Völker die furchtbare Vernichtung übersehen, müssen wir sie an den Quell des Lebens zurückführen und das Versöhnende im Leben der Menschen betonen.

Senden wir unserem vorhin skizzierten fernen Ziel noch einen kurzen Blick, dann wissen wir auch, wie notwendig ein Zusammenarbeiten aller an dem großen Menschheitsgedanken ist. So wenig wie im Kampfe ein Soldat aus der geschlossenen Front herausgerissen werden darf, ebensowenig darf beim Aufbau der Menschheit ein Volk aus dem Gesamtreigen fehlen. Alle sind aufeinander angewiesen — und alle können einander unendlich viel geben. Wenn wir unsere gesamte Arbeit nach dem Kriege auf diese Notwendigkeiten einstellen, dann dürfen wir bald ein Stück „Voran“ zu verzeichnen haben.

Eine demokratische Antwort auf die 10 Fragen konservativer Frauen zum Frauenstimmrecht.*)

1. Warum wird die Forderung des politischen Frauenstimmrechts von der linken Seite der Frauenbewegung aufgestellt?

Sie hofft dadurch den Fraueneinfluß im Staatsleben zu stärken. Durch die Forderung des aktiven und passiven Wahlrechts will sie den Frauen das Recht geben, Abgeordnete zu wählen und als Abgeordnete gewählt zu werden.

2. Werden die Frauen alsdann in erster Linie ihre besonderen Interessen vertreten können?

Ja, denn sämtliche politischen Parteien werden den Wünschen und Forderungen der Frauen in erhöhtem Maße Rechnung tragen, sobald die Frauen Wähler sind.

3. Welche Parteien würden nun den meisten Nutzen davon haben?

Wahrscheinlich zunächst die Parteien, die die breitesten Schichten ihrer Frauen beeinflussen können, nämlich Zentrum und Sozialdemokratie. Dies Bild dürfte sich mit der Zeit verschieben, da auch die andern Parteien der Gewinnung weiblicher Mitglieder die größte Aufmerksamkeit schenken würden. Schon heute finden wir die Frauen in allen Parteigruppen politisch organisiert. Die Vereinigung konservativer Frauen, die weiblichen Mitglieder der Vaterlandspartei, die völkischen Frauengruppen, sind der beste Beweis dafür, daß die Politisierung der Frau in allen Lagern fortschreitet.

4. Würde diese Entwicklung für unser Vaterland ein Glück bedeuten?

5. Welche Gefahren sind für unsere Gesetzgebung zu befürchten, wenn die Massen regieren?

Diese beiden Fragen müssen zusammen beantwortet werden, denn hier liegt der springende Punkt, der die Auffassung der konservativ gerichteten Kreise von der demokratischen Auffassung trennt. Die Konservativen bekämpfen nicht nur das Frauenstimmrecht, sondern vor allem die Demokratisierung unseres gesamten Volkslebens. Viele linkstehende Kreise halten eine konstitutionelle Monarchie auf breiter demokratischer Grundlage für diejenige Regierungsform, die dem Entwicklungsstande des deutschen Volkes am besten entsprechen dürfte. Demokratie ist durchaus nicht gleichbedeutend mit „Massenherrschaft“; auch in der Demokratie bildet sich eine verantwortungsvolle Führungsschicht heraus. Doch soll die Besetzung der leitenden und verantwortlichen Stellen nicht vom Zufall der Geburt oder des Geldes abhängen, sondern es sollen

*) Vergl. den Schluß des Leitartikels der Zeitschrift für Frauenstimmrecht vom Juni 1918.

der nationalliberalen Partei überein. Ihr Ziel sei nicht politische Arbeit gegen den Mann, sondern mit ihm zusammen. Auf dieser Grundlage aber fordere die nationalliberale Frauenorganisation völlige politische Gleichberechtigung mit dem Manne. Sie sei aber selbstverständlich bereit, Parteidisziplin zu wahren. Im Anschluß an diese Begründungsworte sprach dann der Reichstagsabgeordnete List über die politische Lage. Er trat für die Einführung des gleichen Wahlrechts in Preußen ein, die er im Zusammenhang mit der ganzen politischen Lage als eine deutsche Frage behandelte.

Die Ortsgruppe Berlin des Deutschen Frauenstimmrechtsbundes sandte folgendes Telegramm nach Holland: Die Ortsgruppe Berlin des Deutschen Frauenstimmrechtsbundes begrüßt den Eintritt der ersten Frau in das holländische Parlament und erhofft baldigen Sieg des aktiven Frauenstimmrechts.

Bayern. Bei den Verhandlungen des bayerischen Landtags im Mai d. J. über die Anträge der Minderheitsparteien auf Einführung des Verhältniswahlsystems wurde auch die Frage des Frauenstimmrechts aufgerollt. Bei der Abstimmung stimmten diesmal auch — mit Ausnahme von 2 Pfälzer Abgeordneten — die Liberalen für das Frauenstimmrecht. Selbstverständlich taten dies auch die Sozialdemokraten. Der Antrag fand jedoch noch nicht die Mehrheit des Hauses.

Württemberg. Der Staatsrechtliche Ausschuß der Zweiten württembergischen Kammer beschloß, auf mehrere Eingaben betreffend das Frauenstimmrecht der Kammer eine Entschließung vorzuschlagen, wonach sie mit der Regierung die Forderung auf Gewährung des kommunalen und parlamentarischen Wahlrechts an die Frau ablehnt, dagegen in der — durch Gesetz, Verordnung oder Verfügung zu regelnden — weiteren Heranziehung von entsprechend vorgebildeten Frauen als sachverständige Beiräte zu den Ausschüssen der Gemeindevertretungen und den gesetzlich organisierten Körperschaften sowie als Mitglieder zu den Kommissionen, insoweit in diesen spezifischen Frauenangelegenheiten berührende Maßnahmen beraten werden, ein geeignetes Mittel sieht zur Erweiterung des Einflusses, der nach den Erfahrungen der Kriegszeit den Frauen im Interesse der Allgemeinheit gewährt werden kann und soll. Die Heranziehung weiblicher Beamten für diese Maßnahmen soll durch entsprechende Ausbildungseinrichtungen gefördert werden. *)

Niederlande. Amsterdam, 4. Juli. Bei den gestrigen Wahlen für die Zweite Kammer wurde zum ersten Male in Holland auch ein weiblicher Abgeordneter, Frau Groeneweg (Sozialdemokratische Arbeiterpartei), gewählt.

Niederlande. Nach der letzten Verfassungsreform dürfen die Frauen zwar nicht wählen, aber sie können gewählt werden. Da die Wahlen nach dem Verhältniswahlssystem und nach Listenwahlen vor sich gehen, so kommt nun alles darauf an, daß die politischen Parteien weibliche Kandidaten an gute Stellen auf ihre Vorschlagslisten bringen. Im ganzen waren für die letzten Wahlen 20 weibliche Kandidaten aufgestellt, die sich auf die Listen 9 verschiedener Parteien verteilen. — Der holländische Stimmrechtsverband, der bis zur Erlangung des Frauenstimmrechts seine parteipolitische Neutralität stark betonte, hat jetzt diese Taktik teilweise aufgeben müssen. Seine Führerinnen und Mitglieder haben sich politischen Parteien anschließen müssen, denn anders bestand keinerlei Aussicht für sie, weibliche Kandidaten auf die Wahlen zu bekommen. Die bekannte Vorsitzende der holländischen Stimmrechtsbewegung, Dr. Aletta Jacobs, hatte den 3. Platz auf der Liste der Radikalen, die 2. Vorsitzende einen Platz auf der Liste der Liberalen. Die Sozialdemokraten hatten 6 weibliche Kandidaten aufgestellt, zwei davon an sehr auskömmlichen Plätzen.

Schweiz. Der Schweizerische Verband für Frauenstimmrecht hielt am 1. und 2. Juni in Bern seine Hauptversammlung ab. Auf der Tagesordnung standen Berichte über Untersuchungen, die zu der Frage: „Gleiche Arbeit, gleicher Lohn“ veranstaltet worden waren, ferner wurde das Thema der Nationalität verheirateter Frauen behandelt. Auch die viel umstrittene Frage, ob die Frauen sich politischen Parteien anschließen sollen, wurde behandelt; trotz Aner-

*) Bei Schluß der Redaktion treffen ähnliche Nachrichten aus Baden ein, die wir in der nächsten Nummer bringen werden.

kennung der Schwierigkeiten und der Gefährdung der Einheitlichkeit der Bewegung wurde die Frage von der Referentin und von den Delegierten in bejahendem Sinne behandelt. In einer Abendversammlung wurde von 7 Referentinnen Bericht erstattet über die Vorgänge, die sich in 7 Kantonen vor dem Großen Rat dieser Kantone (Bern, Basel, Neuchâtel, Genéve, Solothurn, Zürich, Waadt) bei der Behandlung von Anträgen betr. Frauenstimmrecht abgespielt haben.

Politische Literatur.

In dem Verlag Naturwissenschaften, Leipzig 1917, erscheinen seit kurzem unter dem Titel: Nach dem Weltkrieg Schriften zur Neuorientierung der auswärtigen Politik.

Hft. 1: Völkerverrechtigung von Dr. Hugo Sinzheimer. — Den reichen Inhalt der Sinzheimer'schen Schrift zu umfassen, ist nicht leicht, aber die klare, geläufige und doch so einfache, leicht verständliche Art der Darstellung fesselt so ungemein, daß man die Broschüre, einmal angefangen, nicht wieder aus der Hand legt. Die Aufgabe, die sich der Verfasser gestellt hat, ist wahrlich keine leichte. Er will, wie es im Vorwort heißt, das Gefühlsmäßige in der Friedenstrage „zur Klarheit des Gedankens emporheben“, damit durch gemeinschaftliches Denken Grundsätze gefunden und ausgesprochen werden, die dann zum Willen im praktischen Handeln führen.

Den ganzen Vortrag durchzieht der Gedanke des Sittengesetzes, und zwar im Hinblick auf den einzelnen, auf die Politik, auf das Verhältnis der Staaten zueinander. Aber der Verfasser verliert nie den Boden der Wirklichkeit, er rechnet mit den vorhandenen Verhältnissen. Er konstatiert nicht nur, er kritisiert nicht nur, sondern er gibt Mittel und Wege an, die den Weg zur Völkerverständigung und damit, wie erhofft, zum dauernden Frieden führen können.

Es sind goldene, beherzigenswerte Worte, die an einzelnen Stellen dem Leser im Gedächtnis haften blieben. Dr. Sinzheimer steht auf dem Standpunkt, den jeder denkende Mensch einnehmen sollte: „Der Staat ist um der Menschen willen da, die in ihm leben und leben werden.“

Die Folgerung muß daher sein, daß der Staat den sittlichen Lebenswillen des einzelnen nicht durchkreuzen darf. Dr. Sinzheimer folgert daraus, daß die ständige Grundanschauung von dem Verhältnis der Staaten untereinander in Widerspruch zu der Auffassung steht, daß die Macht des Staates Zweck des Staates sei.

Diese Machtpolitik zerfällt aber in Wirklichkeit die Quellen der Kraft, auf denen das staatliche Handeln beruht. Sinzheimer meint, daß ein „solcher Machtstaat im Kreise der Staaten kein Vertrauen und keinen Glauben finden wird.“ Dem werden natürlich alle diejenigen widersprechen, die in der Machterlangung die Hauptaufgabe des Staates sehen. Der sittliche Mensch ist für den Verfasser die unendliche Quelle der staatlichen Kraft und in seinem Dualismus fügt er hinzu: „Nur Menschen, die eine Idee zu leben bereit sind, in denen das Feuer innerer Verpflichtung leuchtet, die sich mit dem Ewigen verbunden fühlen, sind die wahrhaften Stützen des Staates, können den Staat führen und erhöhen.“ Andersere Erfolge als Leitern des Handelns zerstören den Staat. Daß der Verfasser die Gewalttheorie verwirft, geht aus seiner Auffassung vom Staate hervor, nur das Reich des Rechts bietet die Garantie für die Freiheit und Selbstbestimmung.

Die Aufgabe einer höheren Rechtsauffassung in dieser Zeit, wo das Recht überhaupt ausgeschaltet ist, vor allem dem Völkerrecht gegenüber, erscheint fast eine Unmöglichkeit. Dr. Sinzheimer löst sie dadurch, daß er Schritt für Schritt den Leser zu überzeugen versucht, als hätte er mit einem Gegner sich auseinandergesetzt, das Recht auszuhandeln, wie es vor dem Kriege gehandelt worden ist. Er geht dann ein auf die Widerstände zur Verhütung von Kriegen und bespricht ausführlich die Aufgaben eines Kulturvolkes in wirtschaftlicher und wissenschaftlicher Hinsicht. Er geht auch nicht, wie so viele es tun, an den Aufgaben von Kirche und Christentum vorbei.

In der Beurteilung dieser drei wesentlichen Faktoren eines wahrhaft hochstehenden Volkes tritt der Kritiker hervor, wenngleich in sehr maßvoller Form. Geistige Werte gelten nicht mehr viel, die wirtschaftliche großartige Entwicklung haben das innere Leben der Menschen nicht erhöht. Aber auch die Geisteswissenschaft hat versagt, der Gelehrte lebte sich selbst und seinen Studien, die meist auf die „Erforschung des Gewesenen“ sich bezogen. Der Gelehrte müsse politischen Geist erhalten. Neben dem technischen Wagemut müsse starker, sittlicher Wagemut entstehen, — internationaler Friedensgeist müsse sich mit internationalem Friedenswillen paaren — goldene Worte, beherzigenswerte Worte. Und dann die Erziehung unserer Jugend, wer wollte da zurückbleiben, aber vor allem die „hohe Kunst der Verständigung, die wir von den Völkern fordern, muß in erster Linie in unsern Kreisen geübt werden.“

Frauen und Männern aller Richtungen sei die Broschüre warm empfohlen, bereichert legen wir sie aus der Hand und forschen in uns, ob wir den hohen Zielen der Menschheit nach gehandelt haben.

M. C.